

An den Vorsitzenden des Verkehrsausschusses  
Herrn Andreas Wolter

An die Oberbürgermeisterin  
Frau Henriette Reker

**Thomas Hegenbarth**

**Lisa Gerlach**

Rathaus - Spanischer Bau

50667 Köln

Tel.: +49 (221) 221 - 25541

Mail: Thomas.Hegenbarth@stadt-koeln.de

Mail: Lisa.Gerlach@stadt-koeln.de

Eingang beim Büro der Oberbürgermeisterin: 16.02.2018

**AN/0212/2018**

**Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates**

<b>Gremium</b>	<b>Datum der Sitzung</b>
Verkehrsausschuss	05.03.2018

**Fahrscheinloser ÖPNV: Planungen rund um den 1. fahrscheinlosen Tag in Köln**

Sehr geehrte Herr Vorsitzender,  
sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Antragsteller bitten Sie, folgenden Antrag auf die kommende Sitzung des Verkehrsausschusses zu setzen:

**Der Verkehrsausschuss möge beschließen:**

1. Die Stadtverwaltung stellt in Zusammenarbeit mit der KVB dem Rat und den beteiligten Fachausschüssen spätestens zur Ratssitzung am 03.05.2018 die geplanten Maßnahmen rund um den 03.06.2018 vor und erläutert dabei, welche weiteren Daten außer denjenigen zur Luftverschmutzung und zum MIV erfasst werden sollen. Dies kann z. B. die Aus- bzw. Überlastung des ÖPNV, die Anzahl der Fahrgäste, eventuelle Sonderfahrten, zusätzlich in Dienst gestelltes KVB-Personal und die Auswirkungen auf den Gesamtverkehr betreffen.
2. Zur Erweiterung des fahrscheinlosen Tags im KVB-Netz werden in Zusammenarbeit mit dem Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (LANUV) am 3. Juni an zusätzlichen Stellen erweiterte Messungen von Feinstaub und weiteren Schadstoffbelastungen der Atemluft erhoben sowie die Auswirkung auf den MIV erfasst. Mitsamt Vergleichszahlen eines durchschnittlichen Nahverkehrssonntags werden die Daten veröffentlicht und der Bundesregierung übermittelt. So können die unmittelbaren Auswirkungen der angedachten Initiative der Bundesregierung am Beispiel Köln schon einmal vorab geschätzt und die Überlegungen öffentlich unterstützt werden.
3. Sollten Details für eine Teilnahme der Stadt Bonn an der Testphase der Bundesregierung bekannt werden, prüfen die Stadtverwaltung und die KVB ggf. in Zusammenarbeit mit dem VRS, wie

eine Beteiligung insbesondere der die beiden Städte verbindenden Linien 16 und 18 aussehen könnte. Die zuständigen Gremien werden in der Folge informiert.

**Begründung:**

Mit großer Mehrheit hat der Rat der Stadt Köln für einen fahrscheinlosen Tag der KVB votiert. Dieser findet dieses Jahr am 3. Juni statt. Die Idee für einen fahrscheinlosen ÖPNV hat nun auch die Bundesregierung erreicht. Gleich in fünf Städten – u. a. Essen und Bonn – will sie laut Presseberichten vom 14.02.2018 testen, wie sich ein fahrscheinloser Personennahverkehr auf die Belastung der Luft mit Feinstaub und Stickoxiden auswirken würde. Die Bundesregierung rechnet ebenso wie die Gruppe BUNT damit, dass viele Menschen ihr Auto stehen lassen, wenn die Möglichkeit besteht, mit öffentlichen Verkehrsmitteln fahrscheinlos in die Stadt zu gelangen. Mit diesem Vorstoß will die Bundesregierung die katastrophale Schadstoffbelastung der Atemluft in den Griff bekommen und einer möglichen Klage vor dem Europäischen Gerichtshof vorbeugen.

Nicht nur aus Gründen des Umwelt- und des Gesundheitsschutzes, sondern auch aus sozialpolitischen Erwägungen ist die Einführung eines umlagefinanzierten, fahrscheinlosen öffentlichen Nahverkehrs keine utopische Träumerei. Was Bedenkenräger oft vergessen, ist, dass die fahrscheinlosen öffentlichen Nahverkehrssysteme allein schon durch das Ausbleiben der Fahrkartenkontrollen und der Verfolgung und Inhaftierung von Schwarzfahrern, der Minderbelastung öffentlicher Straßen, der Verringerung von Unfällen und der Verbesserung der Gesundheit der Menschen durch höhere Luftqualität Mehreinnahmen in die städtischen Kassen einbringt, wie das Beispiel Melbourne zeigt.[1] Natürlich kann ein fahrscheinloser öffentlicher Nahverkehr nur mit entschlossenem Ausbau der Infrastruktur funktionieren – gerade in Köln, das hier extrem hinterherhinkt (17 Abfahrten pro 100 Einwohner pro Werktag, im Vergleich zu 35 in Bonn). Das kann aber gerade kein Argument gegen die Bundesinitiative sein, sondern nur eines für den konsequenten Ausbau des ÖPNV in Köln.

Zur Kenntnisnahme bitte auch an den Umwelt- und Gesundheitsausschuss überweisen.

gez. Thomas Hegenbarth

gez. Lisa Hanna Gerlach